

# **Bericht eines beängstigenden Rückgangs der Demokratie in Frankreich: Von der chaotischen Kommunalwahl am 15.03.2020 bis zum Inkrafttreten des verfassungswidrigen Gesetzes vom 30.03.2020 (Teil 2)**

---

Judith Sikora

2020-04-24T13:41:28



Geoffrey Juchs

von

## **Die dritte Etappe: Das Inkrafttreten des verfassungswidrigen Gesetzes vom 30.03.2020**

Nachdem man sich in dem [ersten Teil des Beitrags](#) mit der Kommunalwahl und der unklaren Ausgangssperre auseinandergesetzt hat, wird das Inkrafttreten des verfassungswidrigen Gesetzes vom 30.03.2020 die dritte Etappe des Rückgangs der Demokratie in Frankreich charakterisieren. Dieses gravierende juristische Ereignis kann nur in Anbetracht des sanitären Ausnahmezustands analysiert werden.

### **Der sanitäre Ausnahmezustand**

Anstatt die sanitäre Krise mit Maßnahmen im Rahmen des Gesundheitsgesetzes zu bewältigen, hat die Regierung einen sanitären Ausnahmezustand verhängt, der ihre Kompetenzen für zwei Monate exorbitant ausweitet.

Dieses [sanitäre Ausnahmezustandsgesetz](#) ist in einer [Geschwindigkeit](#), die höchstwahrscheinlich gegen Art. [44 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung](#) verstößt,

[debattiert](#) worden. Problematisch ist auch, dass 18 Abgeordnete der *Assemblée nationale* aufgrund ihrer Corona-Infektion nicht an der Debatte teilnehmen könnten. Zusätzlich zu diesen Problemen ist aus demokratischer Sicht fragwürdig, dass der Regierung – wie durch das [Gesetz Nr. 2020-290 vom 23.03.2020](#) – die Kompetenz übertragen wird, Normen – sei es im Arbeitsrecht, Gesundheitsrecht, usw. – ohne weitere Kontrolle zu modifizieren.

Die Methode des Ausnahmezustandsgesetzes ist für die Demokratie [sehr gefährlich](#). Es kann z.B. gefragt werden ob die im Ausnahmezustandsgesetz eingeführten Sanktionen für einen Verstoß gegen die Ausgangsperre, die zu einem Bußgeld von bis zu 3750 Euro plus bis zu 6 Monaten Freiheitsstrafe plus gemeinnütziger Arbeit plus bis zu 3 Jahre Fahrverbot führen können, gegen das Doppelbestrafungsverbot verstoßen. Ferner dürfen die Maßnahmen auf lokaler Ebene auf Grund des Coronavirus weiter verschärft werden, sodass es zum Beispiel [in Paris](#) zwischen [10 und 19 Uhr verboten ist](#) Sport zu treiben während in anderen *Départements* Tage lang nur [eine Person allein unterwegs sein dürfte](#), womit sich auch Ehepaare nicht mehr gemeinsam in der Öffentlichkeit bewegen dürfen.

## **Das Gesetz vom 30.03.2020**

Noch problematischer ist das [Gesetz \(sog. loi organique\) vom 30.03.2020 Nr.2020-365](#), weil dieses noch deutlicher [verfassungswidrig](#) ist. Es ist in Kraft getreten, ohne dass das parlamentarische Verfahren des [Art. 46 der französischen Verfassung](#), wonach „der Gesetzentwurf oder Gesetzesvorschlag der zuerst befassten Kammer jedoch nicht vor Ablauf von fünfzehn Tagen nach seiner Einbringung zur Beratung vorgelegt werden [kann]“, befolgt wurde. Zudem verstößt das Gesetz vom 30.03.2020 gegen [Art. 61-1 der französischen Verfassung](#), weil die dort gesetzte Frist, innerhalb derer der Verfassungsrat anlässlich eines anhängigen Gerichtsverfahrens vom Staatsrat oder Kassationshof mit der Frage des Verstoßes einer gesetzlichen Bestimmung gegen die von der Verfassung garantierten Rechte und Freiheiten befasst werden kann, suspendiert wurde. Diese [verfassungswidrige](#) Suspendierung der Dreimonatsfrist der Art. 23-4, 23-5 und 23-10 der [Ordonnance n° 58-1067](#) bis zum 30.06.2020 macht die Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit einer gesetzlichen Bestimmung während des Ausnahmezustandes unmöglich.

Diese Suspendierung der Frist, weil die [Kollegialität der Entscheidungen](#) gemäß Art. 23-4, 23-5 und 23-10 auf Grund des Coronavirus nicht mehr möglich sei, ist umso kritischer, weil in einem Ausnahmezustand nicht weniger, sondern mehr Verfassungsmäßigkeitskontrolle nötig ist, um die Rechte und Freiheiten weiter zu garantieren. Die Suspendierung der Dreimonatsfrist verstößt ebenfalls gegen [Art. 16 der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vom 1789](#) wonach „eine jede Gesellschaft, in der weder die Gewährleistung der Rechte zugesichert noch die Gewaltenteilung festgelegt ist, keine Verfassung [hat]“.

## **Schlussbemerkung**

Mit dieser sanitären Krise und dem eingeführten Ausnahmezustandsgesetz wanken in Frankreich die [Verfassung](#) und [die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte](#)

[vom 1789](#) als tiefste Wurzeln der Demokratie und des Rechtsstaats. Die erneute Verlängerung der Ausgangssperre, welche Präsident Macron am 13.04.2020 angekündigte, sendet ein falsches Signal. Denn sie erweckt den Eindruck, dass die Regierung faktisch vom Präsidenten [verdrängt](#) wird, obwohl er nicht im Rahmen des [Art. 16 der französischen Verfassung](#) agiert. Diese Lage verstärkt den Eindruck einer [autoritären Dimension](#) des Regimes, welches auf Kosten der Demokratie versucht, politisch Zeit zu gewinnen, um [Kritik zu vermeiden](#) und [eigene Schwächen](#) nicht ans Licht zu bringen. Da die Ausgangssperre so tief in das demokratische Leben eines Staats eingreift, ist sie nicht nur in Deutschland sondern auch in Frankreich nur als [letztes Mittel](#) und unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit einzusetzen, damit sie auch vom [Volk akzeptiert](#) wird und [soziale Ungleichheiten](#) nicht verstärkt.

**Zitiervorschlag:** Geoffrey Juchs, Bericht eines beängstigenden Rückgangs der Demokratie in Frankreich: Von der chaotischen Kommunalwahl am 15.03.2020 bis zum Inkrafttreten des verfassungswidrigen Gesetzes vom 30.03.2020 (Teil 2), JuWissBlog Nr. 65/2020 v. 24.04.2020, <https://www.juwiss.de/65-2020/>.



*Dieses Werk ist lizenziert unter einer [Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz](#).*

